



Berthold Huber
Zweiter Vorsitzender der IG Metall

20. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall
14. - 18. Oktober in Hannover

Eröffnungsrede

Hannover, 14. Oktober 2003

Sperrfrist Redebeginn

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

ich freue mich, dass ich Sie, dass ich Euch, zum zweiten Teil unseres 20. ordentlichen Gewerkschaftstages begrüßen darf. Die Teilung eines Gewerkschaftstages in zwei Hälften soll nicht zur Normalität werden. Bei manchen Stücken ist es wohl besser, wenn es bei einer Aufführung bleibt.

Zu unseren Gewerkschaftstagen gehören Gäste. Stellvertretend für die vielen internationalen Gäste, die zu uns gekommen sind, möchte ich den Generalsekretär des internationalen Metallgewerkschaftsbundes, unseren Kollegen Marcello Malentacchi, willkommen heißen. Ebenso herzlich begrüße ich den Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes Reinhard Kuhlmann.

Der DGB hat es manchmal nicht ganz einfach mit der IG Metall. Gerade deshalb ist es mir wichtig, festzustellen, dass der DGB eine tragende Instanz für die IG Metall ist. Ich freue mich deshalb, stellvertretend für andere Gewerkschaftsvorsitzende, Michael Sommer, bei uns begrüßen zu können. Ebenso möchte ich unsere ehemaligen Vorstandskolleginnen und -kollegen begrüßen. Es ist schön euch hier zu wissen. Ein herzlicher Willkommensgruß gilt stellvertretend Klaus Zwickel, Franz Steinkühler und Hans Mayr.

Wir freuen uns, dass wir wieder Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien bei uns haben. Auch die sozialen Verbände, die Ngos und die Kirchen sind wichtige Gesprächspartner der Gewerkschaften. Ich begrüße stellvertretend Barbara Lochbihler, die Generalsekretärin von Amnesty International.

Vertreter der Presse, der Wissenschaft und der Botschaften begleiten traditionell unsere Debatten. Dafür, dass sie den Weg nach Hannover angetreten haben, möchten wir uns bedanken.

Eine besondere Freude ist es für uns auch, dass wir wichtige Vertreter der Arbeitgeberverbände bei uns begrüßen können.

Dank gebührt den Abteilungen der IG Metall und der Verwaltungsstelle Hannover, die sich besonders für die Vorbereitung und Durchführung dieses Gewerkschaftstages engagiert haben. Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen.

Eine besondere Freude ist es für mich, dass wir heute nicht nur unseren Gewerkschaftstag beginnen, sondern auch den Geburtstag von zwei Delegierten feiern dürfen: Ich gratuliere

ganz herzlich Heiko Nigmann von der Verwaltungsstelle Köln und Peter Pinkert, von der Verwaltungsstelle Hannover und schließlich feiert auch Ulrich Eckelmann unser Leiter der Wirtschaftsabteilung heute seinen Geburtstag.

Last but not least, gilt mein Willkommensgruß der Stadt Hannover. Wir bedanken uns, dass wir so gastfreundlich hier aufgenommen werden.

Hannover ist ein guter Ort für unseren Gewerkschaftstag. Nicht nur unser neuer erster Vorsitzender Jürgen Peters kann diese Stadt als seine Heimat bezeichnen. Es ist auch die Stadt von Otto Brenner, der von 1956 bis 1972 erster Vorsitzender war. Ihm verdanken wir viel. Ich erinnere an sein Engagement gegen die Wiederbewaffnung, den erfolgreichen Streik für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Kampagne gegen die Notstandsgesetze.

Die IG Metall ist unter seiner Führung nicht nur zu einer durchsetzungsstarken und fortschrittlichen Organisation gereift, sondern auch zu einer tragenden Säule der Bonner Republik.

Brenner führte die IG Metall mutig und weitsichtig. Dazu gehörte auch, dass er die Beziehungen zu den Arbeitgebern auf eine solide Grundlage stellte. Er legte die Basis für eine Tarifpolitik, die nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für bessere Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit steht.

Er wich aber auch nicht vor unangenehmen Entscheidungen zurück. Ohne seinen Einsatz wäre in den 60er Jahren die Konzertierte Aktion kaum zustande gekommen. Das Verhältnis zur SPD wäre schwer belastet worden und ohne seinen Einsatz wäre 1972 erst recht kein neues Betriebsverfassungsgesetz gekommen, mit dem wir bis Ende der 80er Jahre vergleichsweise gut leben konnten.

Otto Brenner war Sozialist. Er war aber auch Realist. Er wusste, dass die Grundprinzipien der Arbeiterbewegung erst dann wirklich etwas wert sind, wenn sie ständig aktualisiert werden. Eugen Loderer würdigte ihn deshalb zu recht als einen „Brückenbauer zwischen der alten und der neuen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“.

Um unserem Erbe als fortschrittlicher politischer Verband gerecht zu werden, müssen wir die Gewerkschaften nicht neu erfinden. Wir müssen uns im Bewusstsein unserer Tradition auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit einstellen. Dabei geht es nicht um Kleinigkeiten. Es geht um unsere zukünftige Rolle in Gesellschaft und Wirtschaft.

Ein einfaches „weiter so“ ist schon deshalb nicht mehr möglich. Dabei ist klar: Wandel ist immer mit Risiken verbunden. Aber Wandel bietet immer auch Chancen, die Zukunft in unserem Sinne mitzuprägen.

Darum werden wir uns dafür engagieren, dass wirtschaftliches Wachstum und eine solidarische Gesellschaft auch weiterhin zwei Seiten derselben Medaille bleiben. Darum wollen wir nicht zulassen, dass Merz und Westerwelle diese Republik zu einem Laboratorium für rücksichtslose Marktlogik und verantwortungslose Egoisten machen.

Wir wollen keine Gesellschaft, in der Freiheit und Emanzipation eine Veranstaltung für Besserverdienende wird. Wir werden mit aller Kraft gegen eine Politik kämpfen, die die soziale Herkunft zum Auslesekriterium für Lebenschancen macht.

Gerade weil wir eine soziale Emanzipationsbewegung sind, müssen wir aber neu buchstabieren, was Emanzipation unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts bedeutet. Auch hier fangen wir nicht bei Null an. Wir müssen allerdings zwei Grundpositionen akzeptieren. Zum einen: Unser demokratisches Solidarprojekt bleibt eng verwoben mit dem nach wie vor innovativen deutschen Produktionsmodell. Der Erfolg dieses Modells basiert nicht auf Ausgrenzung, sondern auf Integration. Zum anderen müssen wir stärker im europäischen Kontext denken und handeln.

Wir alle wissen, in den letzten Jahren ist vieles gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gegen uns gelaufen. Der Einfluss der Märkte ist stärker geworden und das soziale Prinzip hat an Ansehen und Prägekraft verloren. Natürlich müssen wir dies beklagen. Wir können uns auch sehnsüchtig an bessere Zeiten erinnern. Dadurch werden wir aber weder stärker noch attraktiver. Die Menschen verlangen von uns nicht nur, dass wir ungerechte Verhältnisse und Politik kritisieren. Sie verlangen von uns vor allem, dass wir ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen, ihre Interessen gestalten. Zu klagen, zu kritisieren und abzulehnen reicht dafür nicht.

Wir müssen die Herausforderungen der Zeit verstehen und die Nöte und Wünsche der Menschen aufnehmen. Und wir brauchen Optimismus. Zukunftsgestaltung, Optimismus, Mut und Selbstbewusstsein gehören zusammen.

Die IG Metall ist im Industriezeitalter, die wichtigste Industriegewerkschaft der westlichen Welt. Wir haben in Europa Maßstäbe in der Lohnpolitik gesetzt. Auch in der Arbeitszeitpolitik

und in Fragen der qualitativen Tarifpolitik. Wir sind, und das halte ich für besonders wichtig, ein Orientierungspunkt für unsere Schwestergewerkschaften.

Lasst mich kurz einen Blick auf wichtige Veränderungen für unsere Handlungsbedingungen werfen. Die Wirtschaftssektoren, in denen wir stark sind, haben an Bedeutung verloren. In den neuen Branchen sind wir noch nicht so stark, wie wir dies gerne hätten und werden müssen. Die Zahl der Menschen, die uns nicht mehr zutrauen, eine Politik der Gerechtigkeit durchzusetzen, hat zugenommen. Wir müssen uns also fragen: Wie können wir das Vertrauen der Menschen gewinnen, die nicht schon immer zu uns gehört haben. Und wir müssen auch darauf achten, das Vertrauen derjenigen zu erhalten, die schon immer auf uns gesetzt haben.

Die Antworten auf diese Herausforderungen lassen sich nicht verordnen. Sie lassen sich auch nicht alleine durch Vorstandsbeschlüsse bewältigen. Trotzdem: ohne zukunftsweisende Leitbilder und Beschlüsse fehlt die Orientierung.

Es ist nicht nur eine Frage des guten Willens, ob wir durchsetzungsfähig sind. Dies hängt auch davon ab, ob wir überzeugende Konzepte haben, mit denen wir eine Politik der Gerechtigkeit erreichen können. Dafür brauchen wir auch eine Politik der Klugheit, die eine umfassende Solidaritätspolitik verfolgt. Das heißt: Wir dürfen nicht die Stamm- gegen die Randbelegschaften ausspielen. Der Arbeiter am Hochofen und am Fließband hat bei uns genauso seine Heimat in der IG Metall wie der Zeitarbeiter, die Entwicklerin und die Büroassistentin.

Unabdingbar bleibt die Solidarität der Beschäftigten mit den Arbeitslosen. Wir dürfen uns weder mit der Massenarbeitslosigkeit abfinden, noch mit einer Politik der Ausgrenzung.

Das Prinzip der Solidarität muss das wichtigste Kriterium beim Umbau des Sozialstaates sein. Nur eine sozial ausgewogene Reformpolitik kann die Unterstützung der Menschen und der IG Metall finden. Bei der Agenda 2010 ist dies nicht der Fall, deshalb muss nachgebessert werden!

Die Politik von Regierung und Opposition beim Umbau des Sozialstaates hat sich gravierend verändert. Aus dieser neuen Realität folgt unausweichlich, dass wir mit einer nur Verteidigungsposition verlieren werden. Das einfache Schema - negative Veränderungen einerseits und die Verteidigung des Status Quo andererseits - trägt nicht mehr. Wenn wir uns da nicht klug positionieren, werden wir weiter ins Hintertreffen geraten.

Bei unserer Politik, geht es auch um das Verhältnis zur Regierung und zu den politischen Parteien. Die Parteien-Debatten in unserer Organisation sind häufig sehr lebhaft. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die den Parteien wenig an sozialer Gestaltungskraft zutrauen. Sie fordern deshalb eine autonome gewerkschaftliche Politik, die sich ausschließlich an der eigenen Kraft und an den Ngos orientieren sollte. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die eine klassische Arbeitsteilung mit den Parteien favorisieren. Ich halte dieses „Entweder-oder“ für wenig weiterführend. Ich sehe Risiken: Wenn es uns nicht gelingt, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind, werden wir bald nur noch autonome Gewerkschaftspolitik machen können. Dies sollten wir dann aber konsequenterweise nicht Autonomie, sondern Isolation nennen.

Diese Isolation gilt es zu verhindern. Dies heißt nicht, dass wir den Parteien hinterherlaufen und alles erdulden. Dies heißt vielmehr auf die Entwicklung in den Parteien Einfluss zu nehmen und im Dialog, im Kontakt mit ihnen unsere Ziele zu vertreten.

Die Möglichkeit der Einflussnahme auf eine Regierung ist im übrigen nicht mit Tarifverhandlungen zu verwechseln. Dies nicht nur deshalb, weil Parteien und Regierungen keine Arbeitgeberverbände sind.

Wir sind auch kein Gesetzgeber, und wir sind keine Partei. Wir sind weder eine etwas gealterte APO noch ein unpolitischer Versicherungsverein. Wir sind eine Großorganisation, auf die viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Hoffnungen setzen und die mit ihrer Politik nur dann Erfolg haben wird, wenn sie mehr ist als eine partikuläre Klientelorganisation. Das war die IG Metall in der Vergangenheit, das muss die IG Metall auch in der Zukunft sein.

Wir dürfen uns nicht an den Rand drängen lassen. Wir müssen aus der Mitte der Gesellschaft Einfluss nehmen. Denn dort sind unsere Mitglieder und dort sind wir am stärksten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Die ökonomischen Bedingungen in Deutschland sind gekennzeichnet durch Massenarbeitslosigkeit, schwaches Wachstum und eine steigende Staatsverschuldung. Diese harten Fakten können wir ebenso wenig ignorieren wie die demographische Entwicklung und die geringen Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, die in Deutschland deutlich hinter den durchschnittlichen Ausgaben der beschäftigungspolitisch erfolgreichen OECD-Länder liegen.

Wir sind mit unseren Problemen kein Einzelfall. Die anderen europäischen Länder haben mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. Dennoch sind wir in Deutschland stärker belastet und herausgefordert als andere Länder. Für unsere schwierige Situation sind wesentlich: Erstens die Kosten der deutschen Einheit. Zweitens auch der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt, der der nationalen Wirtschaftspolitik Fesseln anlegt. Das führt aktuell zu der grotesken Situation, dass die Regierung zwei Dinge gleichzeitig zu realisieren versucht: Wachstum anzukurbeln und gleichzeitig zu sparen. Wir wollen den Stabilitätspakt nicht kippen. Der Stabilitätspakt muss aber flexibel krisenhaften Entwicklungen angepasst und nicht wie das elfte Gebot „Gottes“ behandelt werden.

Was sind Themen, die wir aktuell nach vorne bringen müssen?

Ich möchte drei benennen:

Erstens geht es um die Weiterentwicklung der Tarifautonomie. Die Tarifautonomie ist ein wesentlicher Faktor der wirtschaftlichen und sozialen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Hohe Produktivität und geringe Konflikthäufigkeit sind bis heute wichtige Voraussetzungen für den Erfolg der deutschen Wirtschaft. Sie sind Ergebnis der von uns mitverantworteten Tarifautonomie.

Es ist deshalb „dumm und töricht“, dass die Opposition gerade sie aufkündigen will. Basis der Tarifautonomie ist eine enge und faire Zusammenarbeit zwischen den betrieblichen und überbetrieblichen Akteuren. Dieser Erfolgsfaktor soll durch die Gesetzesinitiativen der Opposition beseitigt werden. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass es mittlerweile nicht nur in der FDP, sondern auch in der CDU maßgebliche Strömungen gibt, die für eine Amerikanisierung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland sind.

Die Tarifautonomie darf und wird von uns nicht nur als Ordnungsfaktor gesehen. Sie ist ein Freiheitsraum, den wir so gestalten können, dass die Interessen und Probleme des Arbeitslebens auf der Höhe der Zeit und in Kooperation mit den Arbeitgebern gestaltet werden können.

Deshalb verteidigen wir sie mit aller Kraft. Wir sagen allen Parteien im deutschen Bundestag: Hände weg von der Tarifautonomie!

Zweitens: Die Jugendarbeitslosigkeit war in Deutschland im internationalen Vergleich Jahrzehnte lang sehr niedrig. Das hat sich in den letzten Jahren geändert. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe hat massiv abgenommen, die Klagen über die Ausbildungsfähigkeit

der Schulabgänger hat massiv zugenommen. Die Zahl der Jugendlichen, die in Arbeitslosigkeit, in Sozialhilfe und in irgendwelchen Schleifen hängt, ist gewachsen. Nicht weniger die Versprechen der Arbeitgeber für mehr Ausbildungsplätze.

Die Zuweisungen, wer für diese gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und menschlichen Katastrophen verantwortlich ist, sind hektischer geworden. Das typisch deutsche „Schwarze Peter Spiel“ läuft auf Hochtouren. Alle Akteure behaupten guten Willens zu sein. Aber nichts passiert. Seit Jahren. Die Zukunft der jungen Generation wird verspielt und den Älteren anschließend das Rentenalter erhöht und die Rente gekürzt.

Die Kette der Selbstrechtfertigungen ließe sich beliebig verlängern. Ich frage hier die Verantwortlichen: „Seid ihr noch einigermaßen bei Verstand?“

Wir sind längst an einem Punkt angelangt, wo die Bildungsfrage im Allgemeinen und die Berufsausbildungs- und Weiterbildungsfrage im Besonderen zu einer geradezu existentiellen Frage des Modells Deutschland geworden ist. Weil das so ist und der nicht gehaltenen Versprechungen ein Ende sein muss, sagen wir: Handeln ist angesagt! Wann wenn nicht jetzt!

Der Staat, die Bundesregierung, nicht weniger die Länderregierungen und die Parlamente müssen dafür sorgen, dass alle Menschen in unserem Land die tatsächliche Chance auf Bildung und Ausbildung haben. Das ist ihr grundgesetzlicher Auftrag!

Die IG Metall ist Gesprächsbereit über zielführende Wege. Wir sind aber nicht Gesprächsbereit für weitere „Tarnungen und Täuschungen“.

Drittens geht es um den Umbau der sozialen Sicherungssysteme: Der Druck zum Umbau hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Wir lehnen grundsätzlich den Weg der Entstaatlichung und Privatisierung ab. Wir werden allerdings auch nicht zu allen Vorschlägen nein sagen. Wir müssen aber verlangen, dass Regierung und Opposition überzeugende Vorschläge zu einem sozial gerechten Umbau vorlegen. Wir sollten auf diesem Gewerkschaftstag die vorliegenden Konzepte kritisch hinterfragen. Zudem dürfen wir keine Zeit verlieren, eigene solide Vorschläge zu entwickeln.

Schon jetzt will ich deutlich machen: Eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 lehnen wir entschieden ab! Das hat nichts mit einem fairen Umbau des Sozialstaates zu tun. Das sind reine Kürzungsmaßnahmen zur Entlastung der Rentenversicherung und zu Lasten der

Menschen. Wenn das die Botschaft der Herzog-Kommission sein sollte, dann steht Herzog bald nicht mehr für das Markenzeichen des „Rucks“, sondern für das Menetekel des „Risses“. Eines Risses, der unsere Gesellschaft in neuer und tiefer Weise spaltet.

Wir wollen auf diesem Gewerkschaftstag aber auch klar machen, dass wir nicht einfach nur auf die Politik reagieren. Wer gestalten will, braucht auch eine eigene Agenda.

Unsere Kolleginnen und Kollegen machen seit Monaten eine harte Zeit durch. Sie werden mit Fragen bombardiert, warum sie denn überhaupt noch für unsere Organisation eintreten, die angeblich nur den Erfolgen der Vergangenheit nachtrauert und wenig beizusteuern weiß, wenn es um die Probleme geht, die die Menschen umtreiben. Vieles hat natürlich mit dem öffentlichen Meinungsklima zu tun, das uns kräftig ins Gesicht bläst. Einiges hat aber auch mit uns zu tun. Wir müssen Kommunikation und Dialogbereitschaft intensiver pflegen und ausbauen.

Wenn man sich die Antragslage anschaut, dann sind die Tarifpolitik, die Sozialpolitik und die Bildungsarbeit von Bedeutung.

Unser Kongress hat hier eine wichtige Aufgabe. Zu den Themen, die wir in den nächsten Tagen diskutieren, wird es verschiedene Sichtweisen und unterschiedliche Interessen geben. Das ist gut so, weil wir die ganze Bandbreite der legitimen Sichtweisen und Interessenlagen in unsere Beschlüsse integrieren wollen.

Mir ist dabei eines wichtig: Kontroverse Positionen sollten wir fair und kollegial miteinander austragen ohne Vorverurteilung, ohne Tabus und ohne Schubladen. Es geht darum, die Vielfalt unserer Wirklichkeit zu akzeptieren und auch öffentlich werden zu lassen. Das Ergebnis unserer Debatten muss nicht immer ein Beschluss sein nach dem Motto „entweder oder“. „Sowohl als auch“-Lösungen sind nicht weniger richtig. Anders lässt sich die Vielfalt in den Betrieben aber auch in unserer Organisation nicht mehr gestalten. Davon bin ich überzeugt.

Wir sollten daran denken: heute legen wir die Weichen für die nächste Zukunft der IG Metall. Wir müssen verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Zugleich steht dabei aber noch mehr auf dem Spiel: Setzen sich die Befürworter von mehr Ungleichheit, reduziertem Staat und schwachen Gewerkschaften durch oder setzen sich die Befürworter eines innovativen Wirtschafts- und Sozialmodells durch, das weiterhin auf die Kraft des Konsenses baut? Beides zugleich geht nicht!

Ich wünsche uns, dass von Hannover ein Geist der Verantwortung und der Zukunftssuche ausgeht.

Der 2. Teil unseres 20. ordentlichen Gewerkschaftstages ist eröffnet.